

Keine Isolierung Deutschlands in London.

Paris, 4. April. Die Pariser Morgenpresse zeigt sich über den Verlauf der ersten Zusammenkunft der französischen Minister mit ihren Londoner Kollegen noch recht zurückhaltend. Sie betont allgemein, daß die eigentlichen Verhandlungen erst heute vormittag beginnen. Immerhin scheint die erste Fühlungnahme am Sonntagabend auch hier den Eindruck verstärkt zu haben, als ob England sich auf keinen Fall von Frankreich ins Schlepptau nehmen lassen werde, sondern seine volle Handlungsfreiheit bis zur Viererkonferenz bewahren werde,

um eine Lösung zu finden, die auch Deutschland und Italien befriedige.

Die Auslassungen, die die Londoner Sonderberichterstatter der französischen Blätter an die erste Unterhaltung zwischen Tardieu und Macdonald knüpfen, bewegen sich sämtlich in dieser Richtung. Portinax macht schon jetzt seinem ganzen Optimismus Luft. Er sagt, daß der englische Ministerpräsident sich weigere, eine wenn auch noch so eng begrenzte Solidarität mit Frankreich anzuerkennen. Er verfolge nicht das Ziel der Zusammenarbeit einzelner Mächte, sondern die Zusammenarbeit aller interessierten Mächte. Es heiße, Europa in zwei Lager teilen, wenn man auch nur gelegentlich den französischen Standpunkt verteidige. Sein Ziel bestehe nicht darin, die Lösung zu suchen, die für die Befriedung Europas und die wirtschaftliche Wiederaufrichtung am geeignetsten wäre, sondern darin, die wirtschaftliche und finanzielle Seite der Donaufrage in einer Weise zu lösen, die auch Italien und Deutschland zufriedenstelle. Im allerbesten Falle werde aus den Londoner Besprechungen eine Einigung hervorgehen, bei der der Vangermanismus in weitestgehendem Maße zu seinem Rechte komme. In allen seinen Äußerungen habe Macdonald die Absicht durchblicken lassen, Vorbedingungen zu stellen, die die völlige Annahme der Reichsregierung fänden.

Vorarbeiten zur Lausanner Konferenz.

London, 4. April. Die Mittelungen der Londoner Montagsblätter geben noch kein ganz klares Bild über die Entwicklung der Besprechungen zwischen Tardieu und Macdonald. Gerüchte, daß Frankreich möglicherweise einen Teil der in den Donauländern eingetragenen englischen Kredite übernehmen solle, müssen, wie der „Daily Telegraph“ erklärt, mit Vorsicht aufgenommen werden. Der diplomatische Mitarbeiter dieses Blattes meint, Tardieu wolle vielleicht Macdonald auch für ein neues französisches Angebot an Italien über die Parität zur See im Mittelmeer gewinnen. Auch Zollfragen und die

amtliche englische Propaganda gegen Reisen englischer Staatsangehöriger nach dem Auslande werde Tardieu zur Sprache bringen.

Die „Times“ erklärt in ihrem Leitartikel, daß ein Plan zur Rettung der Donauländer nur dann Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn Deutschland und Italien von Anfang an zur Mitarbeit herangezogen würden. Das Ziel der Besprechungen zwischen Tardieu und Macdonald sei, die Richtlinien zu erörtern, wie sich eine Verbesserung der Lage an der Donau erreichen bzw. ein Zusammenbruch vermeiden lasse. Man hoffe, daß die Unterredung Klarheit über die Art und Weise bringen möge, wie England und Frankreich glücklicherweise zusammenarbeiten könnten, um Europa vor dem Schiffsbruch zu retten. Der Tardieu-Besuch könne am besten als der Anfang erster Vorbereitungen für die Lausanner Konferenz und die Viermächtekonferenz betrachtet werden, um zu verhindern, daß die Arbeit der Lausanner Konferenz durch einen Zusammenbruch der Donauländer von vornherein zu einem Scheitern verurteilt werde. Die „Daily Express“ sagt, daß der Plan Tardieus in keiner Weise zu begründen sei. Es handle sich lediglich um französische Vormachtwünsche. Frankreich habe sich die Unterfütterung der Donauländer erkauft und sei nun um seine Gelder besorgt. England sei in keiner Weise bereit, für Frankreich die Kassen aus dem Feuer zu holen bzw. durch eigene Anleihen die französischen Gelder in den Donauländern wieder flüssig zu machen. Die „Financial News“ fordert die Viermächtekonferenz auf, zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig sei, wenn die Donauländer vom Goldstand abgingen.

Beginn der offiziellen englisch-französischen Besprechungen.

London, 4. April. Heute vormittag begannen in der Amtswohnung des englischen Ministerpräsidenten die offiziellen englisch-französischen Besprechungen über die wirtschaftliche Lage in Europa. Daran nehmen französischerseits Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Llandin sowie die Sachverständigen der französischen Abordnung teil. Von der englischen Seite waren erschienen Macdonald, der von der englischen Seite, ferner Außenminister Sir John Simon, Schatzkanzler Neville Chamberlain, Handelsminister Runciman, der Unterstaatssekretär im Foreign Office Bankittard, der Wirtschaftsberater der englischen Regierung Sir Frederic Leith Ross sowie mehrere Sachverständige des Schatzamtes. Die Besprechungen begannen mit der Erörterung der Donaufrage. Sie werden den ganzen Tag über andauern.

Brüning fährt nach Genf.

Zusammenkunft des Reichskanzlers mit dem Außenminister Amerikas.

Im Laufe des politischen Wochenendes ist in der internationalen Politik ein neues Thema angeschlagen worden, nämlich die Reise des amerikanischen Außenministers Stimson nach Europa. Stimson wird in Genf mit allen wichtigen europäischen Staatsmännern persönliche Rücksprache haben, auch mit dem Reichskanzler Dr. Brüning. Dr. Brüning wird sich unverzüglich nach dem zweiten Wahlgang vom 10. April nach Genf begeben; voransichtlich reist er am 13. oder 14. April ab. Die Aussprache des Kanzlers mit dem Vertreter Amerikas wird von größter Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der deutschen Revisionspolitik, besonders in der Tributfrage, sein.

Insgesamt gilt Stimmons Europareise die eingehenden Unterredungen Amerikas über die Lage in Europa. Langsam rückt das Ende des Hoover-Jahres heran, und das ist auch für die USA ein entscheidungsvoller Termin.

Amerika und die Voraussetzungen für die Schuldenrevision.

Die Gefahr eines amerikafeindlichen Europablocks. Washington, 4. April. In politischen Kreisen wird die

Mitteilung des Staatsdepartements, daß die Genfer Reise des Staatssekretärs Stimson lediglich der Abklärungsbotschaft diene, als einigermassen fraglich bezeichnet. Man betont, daß Stimson angesichts des bevorstehenden Ablaufs des Hoover-Jahres nicht umhin können werde, die Kriegsschulden- und Reparationsfrage wenigstens inoffiziell mit anderen Staatsmännern zu besprechen, um Hoover über deren Auffassung Bericht erstatten zu können. Präsident Hoover — und hierin stimme er mit dem Kongreß überein — verlange, daß die europäischen Staaten die Schuldentilgung in Lausanne zunächst unter sich regeln. Erst dann könne Amerika die Revisionsanträge erwägen, da der amerikanische Haushalt auf den Schuldentilgungen aufgebaut sei. Aber die Finanzlage Deutschlands würde früher oder später das Gesamtproblem ohnehin aufwerfen. Politische Beobachter denken an,

daß Hoover die Schuldenregelung auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit beim Kongreß befürworten werde.

Es wird weiter auf die Notwendigkeit bedingter

Nachgiebigkeit hingewiesen, um die Gefahr zu bannen, die die Schaffung eines amerikafeindlichen Europablocks bedeuten würde. Diese Gefahr werde jedoch durch die Haltung Englands abgemildert, das als größter Schuldner der Vereinigten Staaten eine Vorkursbehandlung erwarde.

Die Lausanne, daß in London auch über die Reparationen und Kriegsschulden verhandelt werden soll, wird in Washington als eine günstige Vorarbeit für Lausanne angesehen.

Die „New York Times“ betont in ihrem Leitartikel, daß die Herstellung einer Verbindung zwischen Kriegsschulden- und Abrüstungsfrage durchaus im Bereich des Möglichen liege. Die Europareise Stimmons erwecke Hoffnungen auf einen weitgehend bescheidenen Erfolg der Abrüstungskonferenz, weil Stimson das gesamte Gewicht der amerikanischen Regierung in die Waagschale werfen könne und sich sicherlich keiner Niederlage aussetzen werde.

Besprechung der deutschen Donaufordernung mit Brüning.

Berlin, 4. April. Ein Teil der deutschen Abordnung für die Donaufordernung in London, bestehend aus Staatssekretär v. Bülow, Ministerialdirektor Woffe und Geheimrat W. Lehmann wird am Dienstagvormittag in Karlsruhe eine längere Besprechung mit dem Reichskanzler haben und darauf nach London weiterreisen.

Feierliche Eröffnung des Goethe-Instituts für Germanische Studien in Rom.

Rom, 3. April. Am Sonntag fand in Rom die feierliche Eröffnung des nach Goethe benannten Instituts für germanische Studien statt, an dem neben Italien, Deutschland und Österreich auch die Schweiz, Holland und die skandinavischen Staaten beteiligt sind. Zur Einweihung hatte sich im Institut eine ausserlesene Gesellschaft versammelt. Neben Mussolini nahmen an dem Ehrentisch der deutsche Botschafter, der italienische Minister für Volksziehung, der Gouverneur von Rom und die Leiter des Instituts teil.

Als Erster ergriff Erzengel Gentile das Wort, um den beteiligten Staaten und Verbänden für ihre Mitarbeit zu danken und das Programm des Instituts zu entwickeln. „Es soll“, so sagte er, „eine Ergänzung der Unversität und damit das Mutterhaus der Germanisten ganz Italiens sein.“ Der Leiter des Instituts Professor Gattelli, Ordinarius für Germanistik an der Unversität Rom, hielt die feierliche, in der er den beteiligten Völkern zürte, das Goethe-Haus sei geschaffen, um sie zu studieren, sie kennenzulernen und zu verstehen. Denn das sei der wahre Weg, um sie zu lieben.

Darauf sprach in deutscher Sprache Mussolini. „Es ist höchst bezeichnend“, so sagte er, „daß die Eröffnung eines deutschen Kulturinstituts mit den in der ganzen Welt zu Ehren Goethes veranstalteten Kundgebungen zusammenfällt. Es freut mich, ihm in seiner Sprache zu huldigen, die er bei der wundervollen Gestaltung seiner unsterblichen Werte gebraucht hat. In Goethe sind die besten Eigenschaften der Seele, der Kultur und der Zivilisation des deutschen Volkes vereinigt. Goethe verkörpert den vollendeten Ausdruck des germanischen Geistes. Aber Goethe gehört der ganzen Welt, gleich allen großen Künstlern, die die Schönheit geschaffen haben. Rom, das er als die hohe Schule der Welt pries, Rom erfüllt heute seine Pflicht, indem es das Gedächtnis jenes großen Geistes feierlich begeht. Der Geist und das Bild Roms sind mit Goethes Werk innig verbunden. Der ewige innere Drang der deutschen Seele trieb ihn schon seit dem ersten Erwachen seines künstlerischen Bewusstseins nach Rom. Winkelmanns Geist leitete ihn auf diesem Wege. Rom hat eine große Schuld der Dankbarkeit an diesem begeisterten Sänger. Kein Dichter der modernen Welt hat die Seele und die Schönheit Roms so tief bis auf den Grund empfunden, keiner hat sie in so anmutiger, voller Poesie ausgedrückt wie Goethe in den römischen Elegien. Wer auf das unsterbliche Gesicht Roms blicken will und die Stimme der Jahrtausende zu hören sucht, der muß sich an Goethe wenden und auf die Harmonien horchen, die Goethes Geist entsprungen sind.“

Darauf dankte der deutsche Botschafter

Stegerwald für Hindenburg.

Breslau, 3. April. Aus einer Hindenburg-Kundgebung der Zentrumspartei sprach am Sonntag der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Er führte u. a. aus: Wenn wir in Deutschland Politik machen wollen, dann haben wir uns viererlei klar einzuprägen, 1. daß wir den größten aller Kriege in der Geschichte verloren haben; 2. daß jahrelang eine Fehlpolitik ohne Vergleich in der Welt gegen Deutschland vertrieben worden ist, die nur schrittweise abgebaut werden konnte; 3. daß wir von unseren ehemaligen höhergestellten Gegnern Friedensbedingungen subdiert bekamen, die wir nicht erfüllen konnten; 4. daß wir auf die großen Weltgeschicknisse, die in den letzten Jahrzehnten an uns herangetreten sind, als Volk und Nation geistig nicht ausreichend vorbereitet waren. Das ist das einfache Einmaleins der deutschen Politik, das vielen Leuten nicht bekannt zu sein scheint.

Kein Mensch hat etwas dagegen, daß die Nationalsozialisten auf legalem Wege die Verfassung zu ändern suchen. Der Streit geht aber um etwas anderes. Die Nationalsozialisten sagen, sie wollen auf legalem Wege zur Macht kommen, wobei ihre Reden häufig in schroffem Gegensatz zu ihren Taten stehen. Noch kein Nationalsozialist aber hat ausgesprochen, daß, wenn man an der Macht sei, von der Macht auch legal Gebrauch machen werde. Im Gegenteil: man will die Diktatur, man will wie in Italien neben der Staatsarmee eine Parteiarmee schaffen und mit dieser dem übrigen deutschen Volk den politisch dilettantischen nationalsozialistischen Willen aufzwingen. Die Reichspräsidentenwahl vom 13. März hat eine Weiser- und Mainlinie klar herausgestellt. Glaubt man, daß der Westen und der Süden eine nationalsozialistische Diktatur ruhig hinnehmen würde? Glaubt man, daß die Gewerkschaften und die Arbeiter in den Werkstätten sich mit solchen Regime abfinden würden? All das, was wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben — und das war allerlei — würde eine Kleinigkeit sein im Vergleich zu dem, was uns bei einem Hitler-Regime in den nächsten Jahren noch bevorstehen würde.

Am 10. April kommt es darauf an, daß Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt wird und daß aus den Köpfen der breitesten Schichten des deutschen Volkes die nationalsozialistischen politischen Phantasieereien gründlich herausgedrückt werden. Es hat gar keinen Zweck, sich Illusionen hinzugeben. Wir haben 1932 noch ein sehr schweres

Jahr vor uns. Und in diesem Jahre gilt es nicht, das deutsche Volk auseinander, sondern zusammenzuführen und damit wieder feste Grundlagen zu schaffen für die deutsche Zukunft. 1925 haben manche Kreise Hindenburg gewählt, weil sie glaubten, daß er als rechtsgerichteter Mann für politische Experimente zu haben sein werde. Weil sich Hindenburg aber nach seiner damaligen Wahl nicht als Willensvollstrecker politischer Hallandee, sondern als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes betätigte, haben sich viele seiner ehemaligen Wähler von ihm abgewandt. Er hat in seinem arbeitsreichen Leben den Nachweis erbracht, daß er in schweren Stunden Gemeinshafter der verschiedensten Art zusammenzuhalten versteht und darum muß er am 10. April mit überwältigender Mehrheit wieder Reichspräsident werden.

Blutige Zwischenfälle in Chemnitz.

Chemnitz, 3. April. Die Propaganda für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl legte am Sonntag in Chemnitz lebhaft ein. Drei große Kundgebungen fanden statt. Vor den Versammlungen bewegten sich große Demonstrationen der verschiedenen Parteigruppierungen durch die Stadt. In der Klosterstraße überfielen Kommunisten einen Trupp Nationalsozialisten. Die Kommunisten wurden zurückgedrängt und schickten in ein Haus. Aus dem Hauslur feuerte ein Kommunist fünf Revolvergeschosse auf die Nationalsozialisten ab. Ein Nationalsozialist wurde durch Bauchschuß schwer verletzt. Ein Kommunist, der sich unter die Nationalsozialisten gemischt hatte, wurde ebenfalls von einer Kugel getroffen. Der Täter wurde festgenommen.

Zuerst fand die Kundgebung der KPD im Volkshaus statt. Es sprach der kommunistische Reichspräsidentkandidat Ernst Thälmann, der sich vor allem mit der SPD auseinandersetzte. Man habe Sachsen vor dem Kriege das „rote Sachsen“ genannt. Wenn das nicht mehr der Fall sei, sei daran nur die SPD schuld. Daß die Nationalsozialisten in Sachsen so viele Anhänger gewonnen hätten, komme gleichfalls aus dem Schuldkonto der SPD, deren Wahlparole zwar laute: „Schlagt den Faschismus“, die aber zugleich ihre Anhänger auffordere, den kaiserlichen Feldmarschall v. Hindenburg zu wählen.

Die zweite Kundgebung veranstaltete die Eisenerz-Front in drei verschiedenen Sälen. Es sprachen der Präse-

chef des Polizeipräsidiums Berlin, Dr. Haubach, Reichstagsabg. Artz (Dresden) und Polizeimajor Anter (Berlin). Sie wandten sich in scharfen Worten gegen eine Wahl Hitlers oder Thälmanns und forderten die Versammelten auf, geschlossen für Hindenburg einzutreten.

Den Abschluß der Kundgebungen bildete die Massenversammlung der Nationalsozialisten, in der Stiller sprach.

Ein SA-Mann getötet, 17 verletzt.

Chemnitz, 3. April. Wie die Geschäftsstelle Chemnitz der NSDAP mitteilt, wurden bei Mittweida auf mehreren SA-Leute, die von der Chemnitzer Kundgebung zurückkehrten, von Kommunisten planmäßig Einzelüberfälle verübt. Dabei erhielt der 22jährige SA-Mann Max Beulich, Landwirtschaftlicher Arbeiter, einen Rückenstich, an dem er alsbald verstarb. Außerdem wurden 17 Mann durch Schuß- und Stichwunden verletzt. Näheres ist noch nicht bekannt. Die Chemnitzer Polizei ist bereits eingetroffen.

Schwere politische Zusammenstöße.

Altona, 3. April. Die Nationalsozialisten veranstalteten am Sonntagmorgen einen Werbezug durch Altona, der völlig ruhig verlief. Als die Nationalsozialisten ihren Umzug an der Palmallee auflösten, kam es zu Zusammenstößen mit Reichsbannerleuten, die sich in größerer Zahl eingefunden hatten. Es entspannen sich schwere Schlägereien, die sich durch verschiedene Straßen hinzogen. Schließlich griff berittene Polizei ein, die über Anlagen und Bürgersteige hinweg den Streikenden nachsah. Insgesamt wurden dreißig Personen verletzt, darunter fünf schwer. Zahlreiche Personen wurden zwangsgewalt. Von politischer Seite wird mitgeteilt, daß die Reichsbannerleute von den Nationalsozialisten angegriffen worden seien.

Kommunistenkrawalle in Berlin.

Berlin, 3. April. Am Sonntagmorgen, eine Stunde nach Ablauf des politischen Burgfriedens, kam es im Südosten Berlins in der Gneisenaustraße zu kommunistischen Ansammlungen und Aufrührungen. Als ein Polizeibeamter gebot die Kundgebung zu zerstreuen, griff die Menge die Beamten an. Dabei wurde ein Polizeibeamter erheblich verletzt. Schließlich mußte die Polizei von der Gneisenaustraße Gebrauch machen. Ein Kommunist erhielt einen Bruststich und wurde schwerer verletzt ins Urban-Krankenhaus gebracht. Nachdem eine Reihe von Zwangsgeheimnissen vorgenommen worden war, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.